



Mitglied des Deutschen Bundestages
Sprecher der Arbeitsgruppe Kultur und Medien
der SPD-Bundestagsfraktion

Siegmund Ehrmann, MdB • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

**Platz der Republik 1
11011 Berlin
Jakob-Kaiser-Haus
Raum 1351**

Telefon 030 227 – 77 654
Fax 030 227 – 76 654
E-Mail: siegmund.ehrmann@bundestag.de

Wahlkreis

Hopfenstraße 4
47441 Moers
Telefon 02841 9980599
Fax 02841 9980588
E-Mail: siegmund.ehrmann@wk.bundestag.de

Wahlkreis

Südwall 38
47798 Krefeld
Telefon 02151 319650
Fax 02151 8207611
E-Mail: siegmund.ehrmann@wk2.bundestag.de

Berlin, 2. Juli 2010

Bericht aus Berlin 10/2010

I. Zur Lage

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Genossinnen und Genossen,

In dieser Woche hat die Bundesversammlung Christian Wulff zum zehnten Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland gewählt.

Dass dies erst im dritten Wahlgang geschah, hat gezeigt, dass Joachim Gauck ein beachtlicher Konkurrent gewesen ist.

Die Kandidatur von Joachim Gauck hat etwas verändert in unserer Republik. Sie hat Hoffnungen wach gerufen und so etwas wie eine Demokratiebewegung angestoßen. Gauck hat viele Menschen berührt. Und zwar unabhängig von ihrem Alter, ihrer Herkunft, geschweige denn von ihrer Parteizugehörigkeit. Die ostdeutsche Schriftstellerin Katja Lange-Müller schrieb, Joachim Gauck habe in ihr das Bedürfnis nach Demokratie geweckt: Seine Worte, „freie, ehrliche, ermutigende Worte sind nötig“. „Demokratie garantiert uns ja nicht bloß einfach eine Art Nutzungsrecht, sie verlangt vielmehr, dass wir unsere Verantwortung wahrnehmen, dass wir sie entwickeln, weiterentwickeln, auch und besonders in Krisen. Dies immerhin habe ich mittlerweile gelernt, nicht zuletzt von einem wie Gauck, dessen Nominierung, ebenso wie die Zustimmung, die sie allenthalben findet, nichts anderes darstellt als einen kleinen Sieg der Demokratie.“ In der Tat hat die Kandidatur mehr erreicht, als mancher Politikverdrossene glauben wollte, denn sie verdeutlicht, dass die Wahl zum Bundespräsidenten keine im Voraus ausgeknobelte Sache war.



Siegmond Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages

Aber auch in dieser Woche steht die Auseinandersetzung nicht still, die der politische Alltag bei den konkreten Fragen einer fairen Ordnung der Finanzmärkte und der Arbeitswelt erfordert: Der mit großen Erwartungen versehene **G20-Gipfel in Toronto** vom vergangenen Wochenende war eine herbe Enttäuschung. Die großen Wirtschaftsmächte haben es wieder nicht geschafft, auch nur grundlegende gemeinsame Richtungsentscheidungen für die globale Finanzbranche zu vereinbaren. Wenn sogar Banker davor warnen, nun drohe ein undurchsichtiger Flickenteppich von Regeln im nationalen Alleingang, wird klar, dass der Gipfel im Streit auseinander gegangen ist. Weder bei der Regulierung der gefährlichsten und risikoreichsten Finanzprodukte gibt es durchgreifenden Fortschritt, noch konnte eine abgestimmte Linie bei der Beteiligung der Finanzbranche an den Kosten der Krise gefunden werden. Die Bundesregierung hat begrenzte Möglichkeiten, eine solche Einigung voranzubringen. Aber Angela Merkel hat auch diese Möglichkeiten ungenutzt gelassen. Jetzt zeigt sich: Der Riss in den deutsch französischen Beziehungen und der Vertrauensverlust in die Handlungsfähigkeit Europas, der durch Merkels Zaudern bei der Euro-Krise entstanden ist, sind eine schwere Hypothek für das Durchsetzungsvermögen der Europäer bei der Neuordnung der Finanzmärkte. Merkel steht allein mit ihrem schönfärberischen Fazit, in Toronto sei mehr erreicht worden als sie erwartet hätte. Eines aber offenbart dieser Satz: Die immer anspruchlosere und kraftlosere Haltung der Kanzlerin bei existenziellen politischen Fragen. Und ihre lähmende Taktik, Erwartungen herunterzuschrauben, um sie anschließend nicht zu unterbieten. Wer aber beim Stabhochsprung die Latte auf Kniehöhe legt, hat sich sicher keinen Applaus verdient.

Sorge hat uns auch die Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts zu bereiten, den Grundsatz der **Tarifeinheit** zu kippen. Kommt es nun zur Zersplitterung des Tarifvertragssystems mit einer Spaltung der Belegschaften und einer Vervielfachung der Arbeitskonflikte werden wir unser Land bald nicht mehr wiedererkennen. Die besondere deutsche Stärke des Arbeitsfriedens durch die kooperative Verantwortung der Sozialpartner wäre dahin. Wir stimmen der gemeinsamen Position von Gewerkschaften und Arbeitgebern zu, die Tarifeinheit nunmehr gesetzlich zu regeln, um sie für die Zukunft zu erhalten. Die Bundesregierung fordern wir auf, ohne Verzögerung einen Gesetzentwurf vorzulegen.

Mit freundlichen Grüßen



Siegmond Ehrmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

II. Zur Woche

Für eine soziale Revision der Entsenderichtlinie

Die europäische Entsenderichtlinie regelt, ob und unter welchen Bedingungen bei einer Entsendung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern die Vorschriften des Gaststaates zu Entgelt und Arbeitsbedingungen Vorrang haben gegenüber möglichen Gesetzen und anderen Bestimmungen des Herkunftslandes. Durch verschiedene Urteile des Europäischen Gerichtshofes wurde die Entsenderichtlinie zur „Maximalrichtlinie“ erhoben. Danach sieht die Entsenderichtlinie ein bestimmtes Schutzniveau für entsandte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor, über das die Mitgliedstaaten nicht hinausgehen dürfen. In diesen Entscheidungen hat der Europäische Gerichtshof zudem die Grundfreiheiten des Binnenmarktes, wie insbesondere die Dienstleistungs- und Niederlassungsfreiheit, über zentrale soziale Grundrechte, wie etwa Tarifautonomie und gewerkschaftliches Streikrecht, gestellt. Wir fordern mit unserem Antrag eine arbeitsrechtliche Gleichstellung für die in einen Staat entsandten Arbeitskräfte mit den bei dort ansässigen Dienstleistern beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Mit einer Revision der Entsenderichtlinie soll fairer Wettbewerb ohne Lohndumping gesichert werden.

- Dem Prinzip „Gleiche Lohn- und Arbeitsbedingungen für gleiche Arbeit am gleichen Ort!“ muss Rechnung getragen werden. Mit einem Zusatzprotokoll zu den Verträgen sollte zumindest die prinzipielle Gleichrangigkeit des Sozialen und der sozialen Grundrechte mit den wirtschaftlichen Freiheiten im Binnenmarkt wiederhergestellt werden, wie sie in vielen Verfassungen der Mitgliedstaaten sowie im internationalen Recht verankert ist.
- Der Minimalcharakter der Richtlinie soll wiederhergestellt werden. Gesetzlich und tarifvertraglich beschlossene Standards zu besseren Arbeitsbedingungen dürfen nicht durch die Entsenderichtlinie verhindert werden.
- Die Mitgliedstaaten sollen die Möglichkeit erhalten, öffentliche Aufträge anhand von Kriterien der lokal üblichen Bezahlung und Arbeitsbedingungen zu vergeben. Tariftreueklauseln müssen durch die Entsenderichtlinie und die Vergaberichtlinien unterstützt werden. Den verschiedenen Modellen der Arbeitsbeziehungen der einzelnen Mitgliedstaaten sollte stärker Rechnung getragen werden.
- Wir wollen das Arbeitnehmer-Entsendegesetz auf alle Branchen ausweiten, damit allen Branchen die Möglichkeit offensteht, durch die Vereinbarung flächendeckender tarifvertraglicher Mindestlöhne faire Arbeitsbedingungen insbesondere im Wettbewerb mit ausländischen Unternehmen und ihren nach Deutschland entsandten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern herzustellen.



Siegmund Ehrmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

Große Anfrage zum G-8- und G-20-Gipfel in Kanada

Im Vorfeld des G-8- und G-20-Gipfels vergangenes Wochenende in Kanada haben wir die Bundesregierung mit einer Großen Anfrage aufgefordert, zur Umsetzung der Gipfelergebnisse des letzten Jahres im Bereich der Wirtschafts- und Finanzpolitik Stellung zu nehmen. Die Antwort der Bundesregierung ist nicht fristgerecht bis 23. Juni 2010 erfolgt. Die nicht fristgerechte Beantwortung der Großen Anfrage vor dem Gipfel wirft kein gutes Licht auf die Bundesregierung: Hat sich die Regierungskoalition im Vorfeld der Gipfeltreffen nicht auf eine konkrete Linie zur Beantwortung festlegen können? Oder hat die Bundesregierung die Absprachen der letzten Gipfeltreffen gar nicht umgesetzt? In der Debatte wird es um die Ergebnisse des Gipfels bei zentralen politischen Forderungen gehen:

- Zu welchen Ergebnissen hat der Austausch der Bundesregierung mit anderen Ländern über mögliche Wege aus der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise geführt und welche konkreten Konsequenzen sind daraus gezogen worden?
- Gibt es eine Verständigung auf massive Aufstockungen der Mittel für internationale Finanzinstitutionen und zur Handelsfinanzierung, insbesondere des Internationalen Währungsfonds (IWF) und wie hoch ist diese Aufstockung?
- Gibt es ein schärferes Vorgehen gegenüber Steueroasen?
- Wie geht es weiter mit dem Aktionsplan zur Reform der Finanzmarktregulierung?
- Welche Erfolge gibt es bei der Umsetzung des Aktionsplans zur Reform der Finanzmarktregulierung? Welche Initiativen hat die Bundesregierung auf dem G-20-Gipfel am 26./27. Juni 2010 vorangetrieben, um endlich den Finanzsektor an den Kosten der Krise zu beteiligen?

Gesamtkonzept zur Stärkung des Verbraucherschutzes bei Finanzdienstleistungen vorlegen

Der Aspekt des Verbraucherschutzes muss in allen Phasen von der Entwicklung bis zum Erwerb von Finanzprodukten verankert werden. Das von uns in diesem Antrag geforderte notwendige Maßnahmenpaket („Finanz-TÜV“) nennt u. a. die Regulierung des Grauen Kapitalmarktes, Mindeststandards für Finanzvermittler und -berater, ein Musterprotokoll für die Anlageberatung, ein standardisiertes Produktinformationsblatt, einen Marktwächter Finanzen sowie ein Forum zur Verbesserung der ökonomischen Bildung. Wir fordern die Bundesregierung auf, unverzüglich die vorgeschlagenen Maßnahmen zur Stärkung des Anlegerschutzes in Deutschland zu ergreifen.

Für eine Unterstützung des Nahost-Friedensprozesses

An dem fraktionsübergreifenden Antrag sind die Fraktionen von CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen beteiligt. Anlass für die fraktionsübergreifende Initiative ist



Siegmond Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages

vor allem die Militäraktion israelischer Streitkräfte gegen die „Gaza-Solidaritätsflotte“ in internationalen Gewässern vor der Küste Gazas im Mai 2010. Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich für eine Änderung der bisherigen Blockade-Politik Israels gegenüber dem Gazastreifen einzusetzen. Ziel ist eine Verbesserung der Lage im Nahen Osten, bis hin zu einem tragfähigen Frieden und einer Zwei-Staaten-Lösung. Die Bundesregierung soll eine internationale Untersuchung des Einsatzes gegen die „Solidaritätsflotte“, wie sie auch der Generalsekretär der Vereinten Nationen (VN) gefordert hat, unterstützen. Eine Beteiligung von Vertretern des Nahostquartetts wäre dabei sinnvoll. Die Bundesregierung soll auch die Forderung der EU nach einer sofortigen Aufhebung der Gaza-Blockade unterstützen. Sie soll auch darauf hinwirken, dass die Positivliste von Gütern, die nach Gaza eingeführt werden dürfen, in eine Negativliste verbotener Güter, wie vor allem Waffen, umgewandelt wird. So wird auch die Lebenslage der Zivilbevölkerung in Gaza verbessert, die auf humanitäre Hilfe, auf den freien Personenverkehr zwischen Israel und Gaza sowie auf Lieferungen kommerzieller Güter angewiesen ist. Die Sicherheitsinteressen Israels müssen dabei gewahrt werden, wofür der Raketenbeschuss aus Gaza beendet und der Waffenschmuggel nach Gaza unterbunden werden müssen. Der Generalsekretär der VN soll damit beauftragt werden, mit Israel über den Zugang nach Gaza auch auf dem Seeweg zu verhandeln. Im Rahmen der EU sollte gegenüber Israel und der Palästinensischen Autonomiebehörde das Angebot gemacht werden, gemeinsam ein konstruktives internationales Grenzmanagement aufzubauen, das die Überwachung von Lieferungen nach Gaza sicherstellt und dabei den Waffenschmuggel unterbindet. Die Bundesregierung wird abschließend aufgefordert, sich gegenüber Israel und gegenüber den Palästinensern weiterhin für konstruktive Gespräche einzusetzen, damit eine Aufnahme direkter Friedensgespräche mit dem Ziel einer Zwei-Staaten-Lösung möglich wird.

Innovationslücke schließen - Zügig ein tragfähiges Konzept zur Stärkung der Innovations- und Validierungsforschung vorlegen

Deutschland verfügt über eine sehr leistungsfähige Forschungslandschaft mit einer großen und wachsenden Anzahl erfolgversprechender wissenschaftlich-technischer Entwicklungen. Innovative Forschungsergebnisse werden derzeit jedoch in viel zu geringem Umfang auf ihre wirtschaftliche Nutzbarkeit hin untersucht (validiert) und weiterentwickelt. Der Antrag, der diese Woche in abschließender Lesung beraten wird, fordert die Bundesregierung dazu auf, diese strategische Förderlücke im deutschen Innovationssystem zu schließen. Dazu fordern wir u. a. die Schaffung von verbesserten Voraussetzungen für den Transfer der erfolgreichen Grundlagenforschung in erfolgreiche Produkte und Dienstleistungen durch einen Validierungsfonds.

Gegen Patente auf Pflanzen und Tiere



Siegmund Ehrmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

Die Erteilung von Patenten auf Pflanzen und Tieren hat deutlich zugenommen. Die Patentansprüche reichen heute von Futtermitteln für Tiere bis hin zu Lebensmitteln, die von diesen Tieren gewonnen werden. Verantwortlich für diese Entwicklung sind Unklarheiten im Europäischen Patentrecht. Bislang ist nur die Patentierung von Tierrassen und Pflanzensorten ausdrücklich verboten. Ein generelles Verbot der Patentierung von Tieren und Pflanzen gibt es nicht. Interpretationsspielräume, die diese Regelung bietet, werden zunehmend von multinationalen Konzernen dazu genutzt, um sich z. B. klassische Züchtungsverfahren patentieren zu lassen, wenn einzelne technische Schritte hinzugefügt werden. Diese Fehlentwicklungen im europäischen Patentsystem müssen gestoppt werden. Das betrifft nicht nur die Reichweite des Patentschutzes selbst, sondern auch die unzureichenden Kontrollmechanismen sowie die Fehlanreize bei der Entscheidung über die Patenterteilung. Diese entstehen dadurch, dass sich das Europäische Patentamt (EPA) allein aus den Einnahmen aus den Gebühren für die Erteilung von Patenten finanziert. Wir wollen aus diesem Grund das bislang geltende Patentierungsverbot des Europäischen Patentübereinkommens (EPÜ) konkretisieren. In unserem Antrag fordern wir die Bundesregierung auf, sich auf europäischer Ebene für ein Verbot der Patentierung von Pflanzen und Tieren einzusetzen. Wir fordern auch, dass im nationalen Patentrecht die Berücksichtigung bio-ethischer und sozial-ethischer Einwände stärker ermöglicht wird und dementsprechend auch bei der Europäischen Kommission darauf hinzuwirken, dass das europäische Patentrecht diese Berücksichtigung vorsieht. Das europäische Patentrecht einschließlich der Korrektur der geltenden Finanzierungs- und Kontrollmechanismen des Europäischen Patentamtes muss angepasst werden. So muss z. B. das Verbot der Patentierung herkömmlicher und klassischer Züchtungsverfahren, die auf Kreuzung und Selektion beruhen, deutlicher gefasst werden. Auch der Begriff „im Wesentlichen biologische Verfahren“ ist deutlicher abzugrenzen.

Illegalen Holzeinschlag und Holzhandel durch eine durchgreifende EU-Verordnung wirksam verhindern

Wir fordern mit diesem Antrag, der diese Woche abschließend beraten wird, dass der illegale Holzeinschlag unter Missachtung nationaler und internationaler Rechtsvorschriften effektiver eingedämmt werden muss. Illegaler Holzeinschlag ist ein Problem von großer internationaler Tragweite. Er ist einer der Hauptverursacher der Vernichtung und Degradierung von Wäldern weltweit. Deutschland könnte durch sein Stimmengewicht im EU-Rat bei den derzeitigen Beratungen zur „Verordnung über die Verpflichtung von Marktteilnehmern, die Holz und Holzserzeugnisse in Verkehr bringen (FLEGT)“ zu einem klaren Votum beitragen, um den Raubbau an den Wäldern entscheidend zu bremsen. Wir fordern daher die Bundesregierung auf, sich für eine wirksame EU-Verordnung zum Schutz von Umwelt und Wirtschaft einzusetzen. Dabei soll sie sich auch für eine lückenlose Rückverfolgbarkeit über die gesamte



Siegmond Ehrmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

Verarbeitungs-, Liefer- und Handelskette von Holz- und Holzprodukten und für ein generelles Verbot von Holz und Holzzeugnissen aus illegalen Quellen auf dem europäischen Markt einsetzen.

Einrichtung eines Parlamentarischen Beirats zu Fragen der Ethik (Ethikbeirat)

Einige Zahlen vorweg: 145 Abgeordnete der SPD, 65 von Bündnis 90/Die Grünen, 29 der Linken sowie zwei FDP-Abgeordnete haben den Gruppenantrag unterzeichnet. Somit haben sich 241 Abgeordnete für einen Ethikbeirat ausgesprochen; nur Vertreter von CDU/CSU haben sich ausdrücklich gegen einen Ethikbeirat gestellt. Mit 241 Unterschriften ist dieser Antrag der "unterschriftenstärkste" Gruppenantrag in der Geschichte des Bundestages (Stand 23.06.2010). Zur Sache: Die rasante Entwicklung in Naturwissenschaften und Medizin wirft immer wieder neue ethische Fragen auf, die nur auf der Grundlage eines umfassenden gesellschaftlichen und politischen Diskurses beantwortet werden können. In den vergangenen drei Wahlperioden hatte der Deutsche Bundestag stets Ethikberatungsgremien eingesetzt. Diese haben sachkompetent Diskussionen gebündelt und parlamentarische Entscheidungen vorbereitet. Auch in der 17. Legislaturperiode muss es einen Parlamentarischen Beirat zu Fragen der Ethik geben.



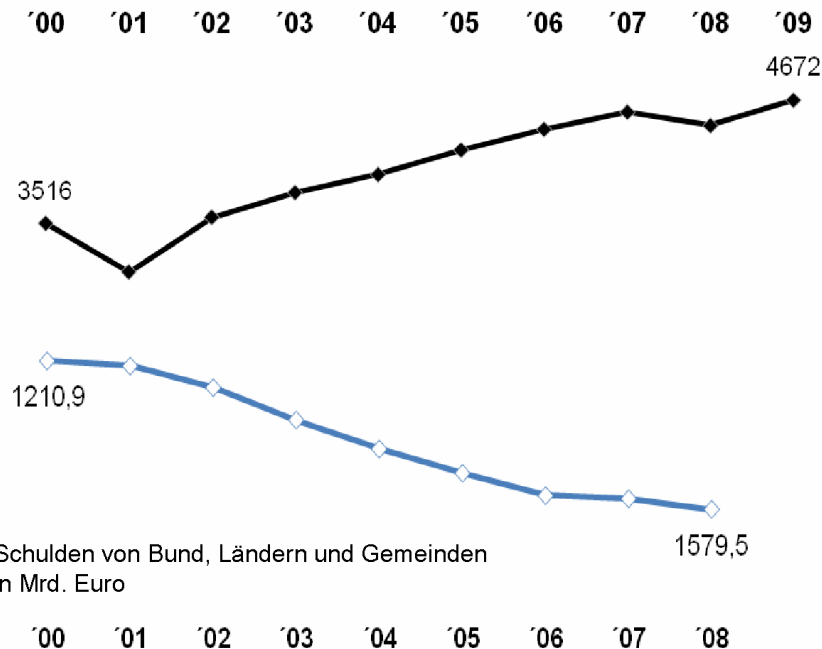
Siegmund Ehrmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

III. Grafiken

Zukunftsrisiko Schwarz-Gelb

Private Vermögen, öffentliche Schulden

Vermögen privater Haushalte in Deutschland jeweils am Jahresende
in Mrd. Euro



Quelle: Deutsche Bundesbank / Statistisches Bundesamt

„Privatisierung der Gewinne, Sozialisierung der Verluste“ – die ungerechte Lastenverteilung in Deutschland ist nicht zuletzt durch die Finanzmarktkrise zu einem zentralen Problem geworden. Während das private Geldvermögen im vergangenen Jahr schon wieder kräftig gestiegen ist und mit 4.672 Milliarden Euro einen neuen Spitzenwert erreichte, verschärft sich die Staatsschuldenkrise. Auch die Ungleichheit der privaten Vermögen wächst. Das reichste Zehntel verfügt nun über mehr als 60% der Vermögenswerte. Schwarz-Gelb verschließt vor diesen Problemen die Augen, verschärft die öffentliche Verschuldung durch Klientelgeschenke und betreibt Haushaltskonsolidierung zu Lasten der Schwachen. Selbst wohlhabende Bürger befürworten inzwischen eine stärkere Beteiligung der Spitzenverdiener an den Aufgaben des Staates (Forsa im Auftrag des „Stern“).

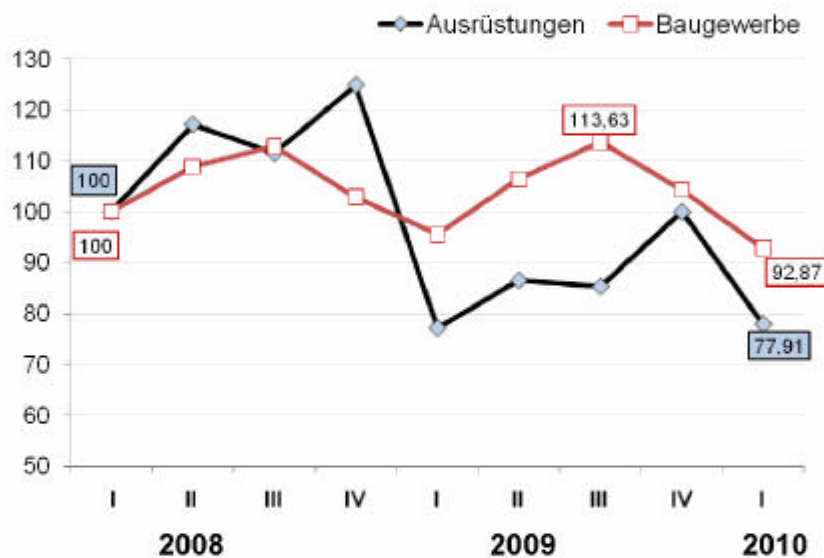


Siegmund Ehrmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

Zukunftsrisiko Schwarz-Gelb

Bremsspur bei Investitionen

Bruttowertschöpfung im Baugewerbe und Ausrüstungen preisbereinigt,
Kettenindex (1. Quartal 08 = 100)



Quelle: Statistisches Bundesamt

Die Investitionen haben sich bislang nicht erholt. Nach einem scharfen Einbruch in 2009 bleibt das Niveau der industriellen Investitionen deutlich unter Vorkrisenniveau. Auch bei den Bauinvestitionen ist keine Besserung in Sicht. In diese Situation sendet Schwarz-Gelb mit den Streichvorschlägen im Bundeshaushalt ein fatales Signal: Keine neuen Investitionsimpulse für die Industrie. Drastische Kürzungen bei den Investitionsprogrammen der Städtebauförderung und der CO₂-Gebäudesanierung, die den Mittelstand treffen. Die Konjunkturprogramme laufen aus. Hinzu kommen die zusätzlichen Belastungen der Kommunalhaushalte durch verfehlte Steuerprivilegien.